

# Der Gewerksverein.

## Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine und des Deutschen Arbeiterbundes.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Dr. Max Hirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exemplaren unterzeichnet überbleibt an den Herausgeber (Dr. Max Hirsch, Eichbühlstraße 9) tritt der ermäßigte Preis von 6 Mgr. = 24 Kr. pro Exemplar, welche franco eingehenden Post.

Nr. 22.

Berlin, den 29. Mai 1870.

Zweiter Jahrgang.

Mit nächster Nummer beginnt ein neues Monats-Abonnement auf den „Gewerksverein“ und wird dringend ersucht, die Abonnements-Gelder praenumerando einzusenden.

### Die Gewerksvereine und die Politik.

Sollen die Gewerksvereine Politik treiben oder nicht? Diese inhaltsschwere Frage ist in manchen Orts- und Gewerksvereinen schon hervorgetreten, und bei dem Herannahen der Wahlen zum Reichstage und zum preussischen Abgeordnetenhaus wird sie überall mehr und mehr sich geltend machen. Wir selbst haben fast in jeder Nummer den maßgebenden Einfluß der politischen Vorgänge auch auf die speziellen Arbeiterverhältnisse, ja auf die nächsten Anliegen der Gewerksvereine betont — wie wäre es möglich, jene Frage kühl von uns zurückzuweisen?

Nach heute sieht man die Socialisten in Schriften und Reden unserer Partei den Vorwurf entgegennehmen, daß sie den engen Zusammenhang zwischen Politik und socialer Frage nicht anerkennen, ja daß sie die Arbeiter von der Politik fern zu halten suche. Es ist dies nur eins von den vielen Schlagwörtern, die sich gleich Verfeinerungen unverändert aus früheren Zeiten erhalten haben, und dennoch in gewissen Kreisen noch immer ihre Dienste thun. Wer aber Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der müßte längst inne geworden sein, daß unsere Partei, ihrem ganzen Wesen nach fortschreitend, sich besonders in den letzten Jahren auch innerlich wunderbar entwickelt hat. Das ist gerade das Zeichen einer gesunden, zukunftsfähigen Richtung, daß sie nicht auf dem ursprünglichen Boden starr und bewegungslos verharret, sondern ihr eigenes Prinzip entfaltet, ohne selbst die Wahrheiten der Gegner zu verschmähen.

Ja, es gab eine Zeit, wo die Anhänger der Selbsthilfe zum großen Theil in den engsten Bestrebungen der Bildungs-, Voranschau- und Konsumvereine befangen waren und kaum eine Ahnung hatten von dem weiten Gebiete des Strebens und Ringens, das sich jenseit ihrer Sirkel unabsehbar ausbreitete. Wer von uns erinnert sich nicht der Arbeiter-Bildungsvereine, in denen die bloße Erwähnung der socialen Frage, geschweige denn das Eingehen in die Politik, als Kezerei verdammt wurde? Diese Beschränkung war vielleicht für den Anfang wohlthätig, indem sie die jungen Institute vor Zerfahrenheit und Parteileienschaft bewahrte; aber ebenso nothwendig mußte mit der Zeit ein Rückschlag eintreten, eine entgegengesetzte Strömung von gleicher Einseitigkeit: es war der Lassalleanismus! Die leidenschaftliche Natur eines Lassalle hatte keinen Sinn für die langsame, stille Entwicklung in den bisherigen Vereinen; sein Feld war der stürmische Kampfplatz der Politik, und auf diesen ludte er die deutschen Arbeiter als eine gewaltige Armee unter seinem Kommando hinauszuführen. Lassalle beging einen

doppelten Fehler: er verlegte die ganze sociale Frage in die Politik, und die ganze Politik in die sociale Frage. Sein kühner Versuch mußte mißlingen; der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“, bestimmt, all die Hunderttausende deutscher Arbeiter zu umfassen, blieb auf einige Tausende beschränkt, ja er gerieth nach des Gründers frühzeitigem Tode durch die Unfähigkeit seiner Nachfolger in die bekannnten „Kriegen“, die sich unter einander auf bitterste befehdeten.

Aber die mächtige Anregung war deshalb für das Allgemeine keineswegs verloren. Mitten im Kampf gegen die Verleher des Lassalleanismus erkannte die Partei der Selbsthilfe mehr und mehr die Wahrheit des Satzes: daß die Arbeiterfrage ohne Politik nicht zu lösen ist. Wie in anderen Punkten, so hat unsere Partei auch hierin das Richtige des Socialismus sich angeeignet, und damit die Lassalleaner innerlich überwunden. Was früher die schwachen Seiten für die gegnerischen Angriffe bildete: die Abwendung von den großen politischen Fragen, die Vertuschung der vorhandenen Widersprüche in der Lage der Lohnarbeiter und die Fahnderei in den Besserungs-Versuchen — alles dies existirt nicht mehr, Dank vor Allem den Gewerksvereinen. Sie haben frisches Leben, höhere Thätigkeit in die Arbeiterbewegung gebracht, für sie ist es keine Frage mehr, sondern Grundlag, daß jeder Arbeiter, welcher dieses Namens würdig sein will, ein eifriger, fester Politiker sein muß!

Draußen wir hinzuweisen auf all die Hindernisse, welche die Gesetzgebung noch zu beseitigen, auf all die Ungerechtigkeiten, welche sie hinwegzuräumen, auf all die Forderungen und Schutzmaßregeln, welche sie zu gewähren hat, nicht etwa, um den Arbeiter auf Staatskosten zu füttern, nein, um ihm nur die wahre Selbsthilfe zu ermöglichen! Da ist die Volksschule mit ihrer unendlichen Wichtigkeit für das Emporstreigen der Arbeiterklasse — da ist die fürchtbar drückende und höchst ungerecht vertheilte Steuerlast — da ist die verderbliche dreijährige Dienstzeit im Heere für den Unbemittelten, während der Bemittelte auch jetzt schon nur ein Jahr, und wie viel leichter! zu dienen braucht — da ist die Stempelsteuer und Sautionspflicht der Zeitungen, welche dem Arbeiter die geistige Nahrung verkümmern, wie die Wahl- und Schlachtsteuer, die Salzsteuer, der erhöhte Kaffeegoll die leibliche — da ist die politische Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts — die Verkürzung des allgemeinen Wahlrechts durch die Diätenlosigkeit des Reichstages, durch das Dreiklassenystem für den Landtag, durch die Wahlabschiebung der Unbemittelten in den Gemeinderäten — da ist, was uns schon so oft beschäftigt hat, der Mißbrauch der Straf- und Militairarbeit, der Mangel an Schutz für Leben und Gesundheit, die Mangelregelung der Gewerksvereine und die faktische Aufrechterhaltung des Beitrittszwangs zu den schlechtesten Unterstützungskassen — da ist endlich und vor allen Dingen, in Folge des herrschenden Militair-Systems die beständig drohende Kriegsgefahr, welche gleich einem Alp auf dem Gewerksfleiß des Landes, und damit auf den Existenzmitteln der Arbeiter lastet. Alles Fragen der Politik, Alles Gegenstände, um die es sich bei den Wahlen handelt — und der Arbeiter sollte nicht mit aller Hingebung Politik treiben?

Aber noch mehr. Der Arbeiter unserer Partei fühlt sich nicht bloß als Arbeiter, sondern in erster und höherer Linie als Mensch und Staatsbürger, als einen Theil der großen Menschheits-Familie, deren Gebrüder oder Dahinsieher alle ihre Glieder, weß Standes sie auch seien, aufs Tiefste berührt. Das stolze, schöne Wort des Cicero: Nichts Menschliches erachte ich mir fremd! es ist auch der Wahrspruch des modernen Arbeiters, der sich durch die socialdemokratische Redensart: er habe nur Klassen-Interessen zu verfechten, sein Erstgeburtrecht als Vollmensch nicht nehmen lassen wird. All die großen Freiheits- und Cultur-Aufgaben der Nation, auch wenn sie kein besonderes Arbeiter-Interesse berühren, verdienen und finden in unierten Arbeiterkreisen die lebhafteste Theilnahme. Um dies über allen Zweifel zu erheben, braucht nur der Name Waldeck genannt zu werden. Waldeck war kein Mann der speziellen Arbeiter-Interessen, am wenigsten im socialistischen Sinne, er war der Mann des ganzen Volks, und die Zeitworte von Berliner Arbeitern, die ihm die letzte Ehre erwiesen, bezeugen damit, daß sie nicht als Klasse, sondern als lebendige Glieder der Gesamtheit gelten wollten.

Es ist ein trauriger Rest unserer jahrhundertlangen Verrottung, daß noch heute unterschieden wird zwischen Mannheit und Politik. In Wirklichkeit ist beides untrennbar. Erst im Staate findet der Mann seine Vollendung, und als Solon seinen Athenern das bekannte Gesetz gab, daß jeder Bürger politisch Partei zu nehmen habe, da stellte er eine Norm auf für alle freien Völker. Was bei uns das Gesetz nicht vorschreibt, wenigstens die Arbeiter werden es sich selbst zum Gesetz machen.

Also der Arbeiter darf nicht nur, er muß Politik treiben. Folgt aber daraus, wie so manches eifrige Mitglied meint, daß die Gewerksvereine als solche Politik treiben müssen?

Eristierte für den Arbeiter keine andere Möglichkeit zur Politik als der Gewerksverein, so wäre die Frage unbedingt zu bejahen. Allein dies ist nicht der Fall. Nichts hindert unsere Arbeiter an der Theilnahme bei politischen Vereinen und Versammlungen; und wo solche nach ihrem Sinne sich nicht finden, da mögen sie dieselben gründen oder anregen. Denn gegen die Politik der Gewerksvereine als solcher sprechen die allertriftigsten Gründe. Das Prinzip der Arbeitstheilung findet auch hierauf volle Anwendung. Ein Verein kann unmöglich alle Lebenssphären zugleich betheiligen; will man zu Vieles, so erreicht man in der Regel gar nichts. So wenig ein Gewerksverein zugleich Consumverein, oder freireligiöser Verein sein kann, selbst wenn alle Mitglieder damit harmoniren, ebenso wenig eignet sich die ganze Organisation und Tendenz der Gewerksvereine für das Betreiben der eigentlichen Politik. Wie wahr dies ist, hat Karl Marx, im vorigen Jahre vor seinen Parteigenossen in Hannover offen bekundet. Er warnte eindringlich vor dem Vermischen der Politik mit den Gewerksvereinen, und dies Zeugniß ist um so gewichtiger, als bekanntlich die eigenen Parteigenossen von Marx in Deutschland das gerade Gegentheil bezweckten.

\*) Dies gilt nur von dem Gros der Anhänger, nicht von den Führern, am wenigsten von Schulz-Dehlig, welcher von Anfang an neben der umfassendsten gesellschaftlichen Selbsthilfe die Mitwirkung des Staates, insbesondere zur Beseitigung aller Hindernisse, in Anspruch nahm.

Man erwäge nur noch das Eine, daß die politischen Anträge und die Gewerksvereine mit ihren praktischen Zwecken sich keineswegs decken. Während über die nationale Frage, über Verfassungsformen, über äußere Politik auch unter den deutschen Arbeitern große Meinungsverschiedenheit herrscht, ist das Interesse für Besserung der Arbeitsverhältnisse Allen gemeinsam. Das Herdrängen der Politik würde nur das sonst harmonische stören und auflösen, während doch gerade Alles für die Erhaltung der Einigkeit unter den Berufsgeossen spricht. So mancher tüchtige Vorkämpfer, Sekretär oder Kassierer müßte zurücktreten, und zwar zum größten Schaden des Vereins, wenn das politische Glaubensbekenntnis über die politische Begabung auf die Waagschale gelegt würde. Dazu kommt noch die naturgemäße Organisation der Gewerksvereine nach Berufszweigen. Dies wäre offenbar die letzte Organisations-Grundlage für politische Zwecke. Die Vöthne, Arbeitsbedingungen, Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse richten sich großentheils nach den Beschäftigungen; aber was in aller Welt hat der Unterschied zwischen Zimmermann, Maschinenbauer, Läufer u. mit den eigentlich politischen Fragen und Agitationen zu thun?

Endlich wollen wir doch nicht die Rechnung ohne den Wirth machen — und der Wirth ist in diesem Falle der Staat mit seinem leider noch in voller Kraft bestehenden Vereinsgesetz. Das preussische Vereinsgesetz (und fast alle übrigen ebenso) stellt die Vereine, welche Politik treiben, nicht nur unter eine sehr lästige Kontrolle, sondern verbietet auch jegliche Verbindung solcher Vereine unter einander. Damit wäre also unsere ganze nationale Organisation mit selbstständigen Ortsvereinen ungeleglich. Wir glauben kaum, daß selbst die eifrigsten Politiker unsere Organisation zum Opfer bringen möchten.

Ist damit gesagt, daß die Gewerksvereine ohne Einfluß und weitreichenden Nutzen für die politischen Angelegenheiten seien? Keineswegs! Wir hoffen in unseren folgenden Artikeln klar nachzuweisen, daß die Gewerksvereine, ohne direkte Beschäftigung mit der Politik, dennoch ein unentbehrliches Fundament bilden für den erkohnten Aufbau des demokratischen Staates!

### Wochenchau.

(Wiedereinführung der Todesstrafe durch den Reichstag. — Resolution des Berliner Arbeitervereins. — Schlag des Reichstages. — Die Ehrlichen der „Ehrlichen“.)

Wir müssen uns diesmal in unserer Wochen-Uebersicht sehr kurz fassen, da der Raum zu weiteren Ausführungen mangelt.

Das Unglaubliche ist geschehen, so begannen wir diesen Theil des Blattes vor vierzehn Tagen, um die Annahme der Kassejoll-Erhöhung durch das Zoll-Parlament zu franzosen. Aber der Reichstag hat das Zoll-Parlament noch weit überboten. Bei der Schlussberatung über das Strafgesetzbuch hat diese „Vertretung des Norddeutschen Volkes“ sämtliche Vorarbeiten des Bundesraths, d. h. der preussischen Regierung entgegen den eigenen Majoritäts-Beschlüssen, pünktlich befolgt; die Todesstrafe, unter dem Beifall der ganzen gebildeten Menschheit am 1. März mit namhafter Majorität verworfen, wurde am 23. Mai mit 127 gegen 119 Stimmen wieder eingeführt, und zwar nicht allein für Mord, sondern auch für bloßen Mordversuch, wenn derselbe gegen Bundesoberhaupt und Bundesherren gerichtet — also für ein politisches Verbrechen.

Als wir den früheren Beschluß des Reichstages als „einen Markstein auf der Bahn der Civilisation“ bezeichneten, fügten wir mahmend hinzu: „Es scheint uns unmöglich, daß ein solcher Beschluß bei der dritten Lesung auf Änderungen des Bundesraths rückgängig gemacht werden könnte; in einer so prinzipiellen Frage kann man doch Ueberzeugungen nicht wie Kleider wechseln!“ Am 23. Mai haben 15 Reichstagsabgeordnete, die am 1. März aus Ueberzeugung gegen die Todesstrafe gestimmt, diesen Beschluß umstossen helfen; ihre Namen sind: Bähr, v. Bernuth, Graf Bethusy-Huc, Dr. Hans Blum (Sohn des auf der Briggittenau standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfers Robert Blum!), Braun (Dersfeld), v. Bülow, Bürger, Conrad, Dr. Erdmann, Geel, Hofius, Meier (Bremen), Prof. v. Puffamer (Frankfurt), Herzog von Ratibor, Graf Schafgotisch, Graf Schwerin, Combar, Wagemer (Altenburg), Wehrenpennig. Der größte

Theil National-Liberale! Das Volk wird sich diese Namen merken.

Der Eindruck, den dieser beklagenswerthe Beschluß auf die Arbeiter der Hauptstadt gemacht hat, wird durch die am gleichen Tage gefaßte Resolution des Berliner Arbeitervereins in energischer Weise wiedergegeben. (Siehe Bericht.) Wir haben dem nur die Erwartung hinzuzufügen, daß alle Arbeiter des Norddeutschen Bundes bei den nächsten Wahlen dieser Genennung gemäß ihre Stimme abgeben mögen!

Alle übrigen Beschlüsse des Reichstages, worunter auch manche anerkennenswerthe (z. B. in Betreff der Prämien-Anleihen), treten vollständig zurück gegen die Verleugnung der Humanität und eigenen Ueberzeugung bei der Todesstrafe. Dieser „erste ordentliche“ Reichstag ist am 26. Mai mit allerhöchster Anerkennung geschlossen worden. Möchte der zweite ordentliche Reichstag die Anerkennung derer finden, denen er allein verantwortlich ist — seiner Wähler! —

Wir haben bisher die sogenannten „Internationalen“ oder „ehrliehen Sozial-Demokraten“ abschließend geschont, müssen aber jetzt offen gegen diese Sekte auftreten, um ihr Fischen im Trüben gebührend zu kennzeichnen. Seine edlen Herren, Bebel und Liebknecht an der Spitze, haben bekanntlich mit ihren Gewerksvereins-Agitationen in der deutschen Arbeiterwelt ein glänzendes Fiasko erlebt. Fast überall, wohin sie mit ihren (von den unfrigen fast wörtlich abgezeichneten) Muster-Statuten kamen und wo sie sich mit ihren weltumtörenden Phrasen einbürgern wollten, dasselbe Bild: Sie regen die Arbeiter durch Schilderungen einer herrlichen Zukunft augenblicklich auf — am folgenden Tage, nachdem sich der Mann die Sache beschlafen hat, schüttelt er bedenklich seinen Kopf und am dritten Tage ist der stüchtige Rauch verfliegen und hat vernünftigen Gedanken Platz gemacht. So ist es denn gekommen, daß alle Bemühungen im Norden wie im Süden Deutschlands meist fruchtlos ausfielen, und fast nur in einigen Theilen des Königreichs Sachsen einige nicht eben starke Vereine auf diesen Prinzipien bestehen, die sich nur dadurch erhalten, daß die Parteiführer das Feuer fortwährend schüren. Jetzt nun haben diese „Ehrlichen“ ein neues Verfahren begonnen, das ein großes Licht auf ihre Ehrlichkeit wirft: Sie haben wohl eingesehen, daß sie selbst nicht im Stande sind, Vereine ins Leben zu rufen und die Arbeiter zu organisieren, deshalb folgen sie, den Hyänen gleich, die den Leichen nachgehen, solchen Vereinen, deren Bestehen durch Arbeitsinstitute bedroht wird, suchen dort Haß und Zwietracht zu erregen und haben in nicht wenig Fällen dazu beigetragen, daß die Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber schmächtig unterlegen sind. Wir erinnern an Walenburg, statt dort thätigst zu unterstützen und zur Einheit zu mahnen, predigten sie ihr Evangelium und vermehrten die Verwirrung. (Siehe Gewerksvereins-Teil unter Altkraut.)

So haben sie auch in Forst jetzt ihre Fingergelb ausgehoben, und weder Lug noch Trug gescheut, um dort Hoken zu gewinnen. Zur Charakterisierung dieser „Ehrlichen“ sei hier nur ein Fall aus Forst er wähnt, der ihr ganzes Gebahren hinlänglich bezeugt. No. 40 des „Volkstaat“ bringt unter der Ueberschrift „Zum Forster Strike“ unmittelbar hinter einander zwei Briefe aus Forst, von denen der erste ohne Unterschrift, und der zweite mit der Unterschrift „Kohde, Districtsekretär“ versehen ist, so daß Jeder den Eindruck empfangen muß, beide Briefe seien von Hrn. Kohde unserem braven Vereinsgenossen, geschrieben. Während der zweite Brief, auf Ersuchen des Hrn. Liebknecht überhaupt nur abgefaßt, in sachgemäßer Weise die Forster Angelegenheit schildert, enthält der erste eine Reihe von Verunglimpfungen, des Dr. Hirsch, hässliche Angriffe gegen die Gewerksvereine u. und schließt mit den pomphaften Worten: „Der Uebergang zu den Internationalen ist im Voraus gesichert.“ Hr. Kohde wird auf diese Weise als Agent Liebknechts und Abtrünniger von den Gewerksvereinen hingestellt; — aus dem Ganzen erhebt man, daß eine solche Zusammenstellung die offene Absicht bezeugt, durch den Hinweis auf einen so anerkannten Namen die mit der Sache weniger vertrauten Arbeiter zum Abfall zu bewegen. Hr. Kohde hat natürlich sofort Berichtigung eines derartigen Mißbrauchs seines Namens gefordert, — aber die „Ehrlichen“ haben nicht soviel Ehrgefühl, — eine ebenso gerechte, wie billige Forderung zu erfüllen. — Mit solchen Waffen

suchen die „Ehrlichen“ die Arbeiter zu beschören! Möge Jeder selbst sein Urtheil fällen! —

Kein Zweifel es wird den Social-Demokraten in Forst ergeben, wie in Plauen, wo sie eine gänzliche Niederlage erlitten haben. Nach Ritter Bebel's „glänzendem Siege“ über Dr. Hirsch erschien sein Knappe Motteller aus Grimmitzschau, um die verhassten Ortsvereine vollends zu vernichten. Aber es kam anders, der Raufz war in der That verfliegen, und Hr. Motteller mußte kläglich abziehen, ohne auch nur das kleinste „internationale“ Verächeln geerntet zu haben. Der Vorkämpfer unseres Districts der Arbeiter, Hr. Héra, der nach Bebel's Bericht im „Volkstaat“ durch ihn „aus einem Saulus ein Paulus geworden war“ schreibt uns wörtlich wie folgt: „Auch bitte ich Sie mit der Nr. des Volkstaates zu übersenden, in welcher ich von Bebel angegriffen worden. Der gute Herr kann sich nicht daran gewöhnen, daß er nachdem er schon den Sieg in die Welt ausposaunt, eine Niederlage in Plauen erdulden mußte. Angriffe können nicht ausbleiben, doch mag er nur kommen ich bin bereit dem Herrn zu antworten.“

Folgendes Schreiben ist uns aus Forst unterm 18. Mai zugegangen, das wir im Interesse der Sache mittheilen: „Bezüglich auf den Aufsatz: „Ein ernstes Wort über Arbeitseinstellungen von Constantin Mann, in Zeig,“ fühle auch ich mich gedrungen einmal ein Wort über Arbeitseinstellungen zu bringen und bitte, für dasselbe ein Plätzchen im Verbandsorgan einzuräumen.

Wenngleich auch viele meiner Collegen mit mir und dem geübten Verfasser jenes Aufsatzes ausruhen: „weg mit den Arbeitseinstellungen“, so bleibt es doch auch Verhältnisse, unter denen dieser Ausdruck, so gut er auch gemeint sein mag, seine Berücksichtigung finden kann. Als z. B. in Forst die ersten Fragen wegen Lohnerhöhung laut wurden, welche eigentlich nur an ein Verprechen erinnerten, das zu lösen eine Ehrenschuld der Fabrikanten gewesen wäre, lag in ihnen schon das Vorurtheil tief begründet, daß der Gewerksverein nur Arbeitseinstellungen beschuldige, und diesem Uebel zu begegnen, müsse man verfahren denselben zu spalten. Um nun einen Schein der Wahrheit für sich zu haben, benutzten die Fabrikanten jeden kleinen Fehler von Seiten des Vereins, um für sich Capital daraus zu schlagen, und mit demselben den Beweis zu liefern, daß der Gewerksverein die Interessen der Arbeiter nicht fördere, weshalb man denselben zerbrechen müsse. Die Forderungen der Arbeiter, deren Wichtigkeit am besten damit festgestellt war, daß sie bis auf einzelne hartnäckige von allen Arbeitgebern gewürdigt wurden, mußten doch schließlich den Fabrikanten zum Vornahme dienen, die Arbeiter wurden auf Grund ihres Verdes ihre Forderungen erneuern und so sei es besser diesem Gebahren Einhalt zu thun.

In den Mitteln zur Erreichung ihres Zwecks waren die Herren nun nicht gerade sehr glücklich; sie griffen zu den bekannten Streikmitteln, die den Arbeitern nun die Wahl ihrer Arbeitgeber unmöglich machten, weil sich diese gegen die Arbeiter so gut wie verschoren hatten. Keinen der betreffenden Arbeiter, der auf solchem Zettel mit Namen stände, in Arbeit zu nehmen.

Das mußte natürlich jeden ehrlich denkenden Arbeiter empören, und es wurde der Beschluß gefaßt, die Fabrikanten zu erfuchen, ihren Beschluß zurückzuziehen, widrigenfalls wir die Arbeit einstellen würden. Der Fabrikantenverein sagte hingegen einen weitergehenden Beschluß: Alle, die beim Gewerksverein sind, von der Arbeit auszuschließen. Dieser Beschluß ist von ihnen auch treu gehalten worden, und wer da weiter, nicht durch Unterschrift des Revocier, der wohl bekannt ist, sich nicht vom Verein lossagen wollte, wurde nicht in Arbeit genommen.

Nun ist zu bemerken, daß der Strike nach den Vorgängen hier nicht von den Arbeitern, sondern von den Arbeitgebern gemacht worden ist. Wenn daher die Arbeiter, wo es gilt ein Recht zu erhalten, welches doch Alle gemeinschaftlich berührt und ihnen von den Arbeitgebern unvorsich gemacht werden soll, nicht solidarisch für einander einstehen wollen, dann sind sie des Rechts, auf Grund dessen ihre Verbindung beruht, noch nicht würdig; die Regierung wird dann den Arbeitern erst nicht zu sagen brauchen, daß sie von der Coalitionsfreiheit keinen vernünftigen Gebrauch zu machen wissen, sie müsse es ihnen als verderbliches, gefährliches Spielzeug wieder wegnehmen; die Arbeiter setzen da schon ganz von selbst, daß sie der Coalitionsfreiheit nicht werth sind, indem sie es zulassen, daß ihre Brüder, welche gerade um der Coalitionsfreiheit sich in den größten Entbehrungen aussetzen, den Gehältern der Fabrikanten unterliegen müssen, was sie durch einigermaßen Theilnahme verhitzen könnten.

A. Kohde im Auftrag des Vereins.

Seit diesem Schreiben hat sich, wie wir in voriger Nummer mitgetheilt, die Lage der Dinge in Forst ganz wesentlich gebessert. Wir bemerken daher nur, daß gewiß nicht Mangel an Theilnahme, sondern die Erziehung aller

Kräfte durch die kolossalen Opfer für den Waldenburger Streife eine umfangreichere Unterstützung der Streifenbedenkt hat. Dies muß doch billigerweise berücksichtigt werden!

**Zweite Interpellation in Sachen der Zwangsclassen.**

Da die verheißenen hochwichtigen Gesetze über Haftpflicht und Unterstützungskassen auch gegen Ende der Reichstags-Session nicht eingebracht wurden, so sah sich der Anwalt veranlaßt, durch Vermittelung eines liberalen Abgeordneten unterstützten Interpellation noch einmal die Gesinnung der deutschen Arbeiter vor aller Welt zu bekunden, und wenigstens über eine öffentliche Gesetzes-Berathung Aufklärung und Abhilfe vom Bundeskanzler zu verlangen. Die Interpellation kam in der letzten Sitzung des gegenwärtigen Reichstags, am 25. Mai, zur Verhandlung; bei der Wichtigkeit des Gegenstandes geben wir dieselbe nach den hienographischen Berichten:

**Abg. Dr. Hirsch:**  
H. H.! Trop der Wichtigkeit des Gegenstandes, für die arbeitenden Klassen zumal, werde ich mich kurz fassen. Ich muß zunächst zu meinem Bedauern konstatieren, daß die Antwort des Hrn. Vertreters des Bundesrates auf meine Interpellation vom 16. März d. J. zum großen Theile sich nicht verwirklicht hat. Es wurde uns in dieser Antwort in kürzester Frist die Vorlage des Gesetzes über die Haftpflicht der Unternehmer verheißt; dieses Gesetz ist nicht vorgelegt worden, und in H. H., wenn — was der Himmel verhüten wolle — bis zur nächsten Session ein neues Unglück von Ungen oder vom Plagenschen Gruben eintritt, so sehen die Arbeiter noch ebenso schlußlos da, wie vor dieser Session. (Hört!)

H. H., auch das, wenigstens in nahe Aussicht gestellte Gesetz über die Normal-Bedingungen für Kranken- und andere Kassen der Arbeitnehmer ist nicht vorgelegt worden, und wir befinden uns also wiederum ein Jahr lang in der abnormen Lage, daß, während die Gew.-Ordn. für den nord. Bund im Princip die Kassenfreiheit statuiert, der Zustand jetzt ein mehr mit Zwang verknüpft ist, als er früher jemals gewesen. Die Zwangsmaßregeln häufen sich auf alle Art; ich habe das bereits in meiner vorigen Interpellation gesagt und ich muß es wiederholen.

Etwas hierauf Bezügliches ist eben der Gegenstand meiner heutigen Interpellation. Wie Sie aus der Motivierung erhellen haben, hat der preuß. Handelsminister für Handel, Gewerbe und Erennl. Arbeiten ein Reskript erlassen, worin der frühere Zustand mit Bezug auf die Beiträge zu den Kassen angedeutet und ausdrücklich auch noch angezweifelt wird, daß die Arbeitgeber auf Verlangen der betr. Kasse unter Vorbehalt der Anrechnung auf die nächste Lohnzahlung die Beiträge der Geheilen zu zahlen haben. H. H., hierin liegt offenbar nach meiner Uebersetzung und nach der von namhaften Juristen, die ich zu Rathe gezogen habe, nicht nur eine Beschränkung der Freiheit, sondern eine direkte Verletzung des Lohnbeschlagsnahmesgesetzes. Wenn man sich zur Widerlegung dessen auf das Gesetz stützen wollte, so könnte es nur die Stelle § 4 a l. 2 sein, worin es heißt:

Auch die Beitreibungen der direkten persönlichen Staatssteuern und Kommunal-Abgaben, die derartigen Abgaben an Kreis-, Kirchen-, Schul- und Kommunal-Verbände miteingeschlossen u. s. w. (sind ausgenommen).

H. H. Die Kranken- und sonstigen Unterstützungskassen sind aber unmöglich als Kommunalverbände zu betrachten; sie sind das umgewordene, als wir ja jetzt nach der Gew.-Ordn. und auch schon früher Kassen hatten, die durchaus nicht mit der Kommune in irgend welcher Verbindung stehen, also freie Kassen. Dieser Einwand ist daher nicht stichhaltig und ich hoffe, daß das betreffende Reskript und die daraus hervorzu gehenden Anordnungen der Magistrat ein wenig preussischen Städten annullirt werden. — Ich schließe mit der Versicherung, daß wenn es versucht werden sollte, den Beitrittsgewinn für bestimmte Kranken- und andere Unterstützungskassen für die Arbeitnehmer im norddeutschen Bund auf irgend welche Art wieder einzuführen, die **Arbeiter aller Parteien im norddeutschen Bund energigst dagegen protestiren werden!**

Präsident des Bundeskanzler-Amts Delbrück: (Nach einer einleitenden Bemerkung, daß das Bundeskanzler-Amt von der betreffenden Ministerial-Berathung erst in Folge der Interpellation Mitteilung erhalten habe) Wenn immer gefragt wird, welche Maßregeln getroffen werden sollen, so habe ich darauf aufmerksam zu machen, daß es sich hier um eine Frage handelt, die jeden Tag vor die Gerichte gebracht werden kann, um eine Frage, über die zunächst einfach auf Grund des Bundesgesetzes die Gerichte zu entscheiden haben, und einer solchen Frage gegenüber halte ich es nicht für die Aufgabe des Bundeskanzleramtes mit den einzelnen Territorial-Regierungen in eine Erörterung über die Wichtigkeit ihrer Verfügungen einzutreten.

Hierauf beantragte der Abg. Freißche eine Dis-

ussion über die Interpellation zu eröffnen; die dazu erforderliche Unterstützung von 50 Abgeordneten wurde aber nicht gewährt, da sich fast nur die Fortschrittspartei dafür erhob. Wir müssen die Beleuchtung der sehr auffallenden Antwort des Hrn. Präsidenten des Bundeskanzler-Amts auf nächste Nummer verschieben. — Druck und Verlegung der Petition wegen der Unterstützungskassen ist durch äußere Umstände etwas verzögert worden; die Verlegung erfolgt nun aber ganz bestimmt in wenigen Tagen. Dies zur Antwort auf viele und dringende Anfragen!

**Gewerkvereins-Beitrag.**

**Aus Berlin.**

§ In der am 14. Mai abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins der Rempner und Metallarbeiter wurde, ehe in die Tagesordnung eingetreten, des verstorbenen Geh. Obertribunalrats Waldeß vom stellv. Vorsitzenden in ehrender Weise gedacht. Als Zeichen der Verehrung erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen. Nach Verlesung des vierteljährigen Rechenschaftsberichts hielt ein Mitglied des Vereins einen durch erläuternde Beispiele und mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über Fußbruch. Es erfolgte sodann die Neuwahl eines Schiedsgerichts. Gewählt wurden die Herren: Herold, H. Söllner und Kriele. Schließlich erfolgte der Bericht des Centralratsmitgliedes über die Fortschritt-Arbeits-einstellung, über Statistik und Invalidenaffen.

**H. Söllner, Sekr.**

§ Am Montag den 22. ds. fand in Engelhardt's Salon eine allgemeine Versammlung der Rempner statt, in welcher auch die Sozial-Demokraten Freißche, Bebel u. und der größte Theil des demokratischen Arbeitervereins erschienen waren. Nachdem ausdrücklich vorher beschlossen worden war, daß auch anderen als Berufsangehörigen das Wort ertheilt werden solle, erläuterte Hr. Vollmann die Ziele und Principien der Gewerksvereine, worauf Hr. Langgraf zur genaueren Beleuchtung die Vorwürfe, die von sämtlichen Parteien der Socialen gemacht werden, widerlegte. Ramefflich wies er darauf hin, daß wir in unseren Statuten die Gleichberechtigung aller erstreben, daß wir dagegen entschieden gegen diejenigen streben, die Privilegien für einzelne Klassen haben wollen. Hand in Hand müssen wir unsere Forderungen zu heben suchen. Hr. Freißche sprach darauf in sehr maßvoller Weise, während dagegen Hr. Bebel am Schluß den Wunsch äußerte, in einer besonderen Versammlung das Urrichtige (!) und Unwahre (!), was hier gesagt worden, zu widerlegen. Hr. Langgraf drang in Folge dessen selbst darauf, daß dies geschehe, konnte indessen nicht verhindern, daß ob solcher Äußerungen, die Hr. Bebel wohl in seinen Versammlungen geäußert haben mag, die aber in unseren Kreisen unbekannt sind, sich allseitig lebhaftest Mißbilligung kundgaben. Hr. Bebel ging sogar soweit mitten in die Rede Langgraf's das Wort „Ebenbürtig“ zu schleudern, weshalb er, leider in hangreichlicher Weise, von einem Freunde Langgraf's bedauert wurde, daß sich der Arbeiter nicht Alles untertraut gefallen läßt.

§ In der am 14. Mai abgehaltenen Orts-Versammlung des Ortsvereins der Maschinenbau und Metallarbeiter widmete der Vorsitzende Herr Blum unseren nun dahinschiedenen Volkswann Waldeß ehrende Worte des Andenkens und wurden die vom Ausschuss getroffenen Arrangements zu einer würdigen Verankerung bei der Leichenfeier, von der Versammlung dankend anerkannt; die dadurch entstehenden Kosten werden durch eine freiwillige Steuer von den Mitgliedern getragen. Auch eins unserer treuen Mitglieder, der Wittwe der Kupferhämmer, Hr. Salzman wurde uns durch den Tod entziffen, er war einer der wenigen Mitglieder, der überall, wo es galt, für die Bestrebungen unseres Vereines eintrat, und sein Möglichstes für die Heiligung des Junst-Jopfes that; die Versammlung ehrte ihn durch Erheben von ihren Plätzen. Ferner wurde beschlossen, um geeignete Schritte gegen die Zwangs-Kasse der Schlosser zu unternehmen, eine allgemeine Versammlung der Schlosser und Maschinenbauer einzuberufen.

**A. Dehnle, Sekretär.**

§ In der Versammlung des Ortsvereins der Sattler am 21. Mai wurde unter Anderem beschlossen, an den Vorträgen des Berliner Arbeiter-Vereines vom 1. Juni ab wieder Theil zu nehmen. Es wäre zu wünschen, daß sich die Mitglieder recht reger beteiligten.

§ In der Versammlung des Ortsvereins der Schneider und Berufsangehörigen am 23. Mai theilte der Vorsitzende Hr. Walling den Tod Waldeß's mit und bat die Anwesenden, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, sich von ihren Plätzen zu erheben. Hierauf hielt Hr. Blund einen Vortrag über englische Gewerksvereine und hob namentlich die schweren Kämpfe der Arbeiter und deren Arbeits-einstellungen hervor. Die Arbeitgeber hätten zwar auch im Anfang die Gewerksvereine nicht aufkommen lassen wollen, schließlich hätten sie ihnen aber dennoch die Anerkennung nicht verweigern können. Hr. Walling, unter Vorsitzender, legte alsdann seiner körperlichen Schwäche wegen

sein Amt nieder. Er dankte für das bisher geschenkte Vertrauen und überreichte dem Verein ein lebensgroßes Bild Waldeß's mit der Bitte, den Kaufstücken dieses edlen Kämpfers für Wahrheit, Recht und Arbeit zu folgen. Bis zur Neuwahl, die in der nächsten Versammlung stattfindet, führt Hr. Weimann das Amt weiter. Auf unser Ersuchen wird der Wirth unseres Lokals den „Gewerksvereine“ von jetzt ab zum Lesen auslegen. Nicht nur alle Vereine ein Gleiches von den Inhabern ihrer Lokale, in denen sie verkehren, verlangen! G. Krüger, Sekr.

§ In der am 23. ds. abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins der Töpfer wurde an Stelle des Herrn Küstert Herr Lehmann zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Nachdem darauf einstimmig der Anschluß an den Berliner Ortsverband beschlossen worden war, erfolgte die Wahl zweier Vertreter in denselben.

**H. D. Richte, Sekr.**

§ In der am Sonnabend Abend abgehaltenen Versammlung von Baroque-Bergelber-Meißtern und Gehülften wurde die Resolution der Gehülften in Betreff der geforderten Arbeitszeit, im Sommer von 6-6 und im Winter von 7-7 Uhr, in Gemeinschaft mit den Meißtern besprochen. Die anwesenden Arbeitgeber sprachen sich für die Forderung der Gehülften einmüthig aus; mehrere Arbeitgeber hatten ihre Zustimmung durch Vertreter angezeigt. Es wurde schließlich ein Antrag angenommen, dahingehend, bei den Arbeitgebern die Resolution durch einen streifenden Bergelbergehülften zur Unterchrift circuliren zu lassen. Höfentlich werden sich die Arbeitgeber sämtlich dafür entscheiden. Eine Sammlung für die streifenden Kollegen ergab eine ansehnliche Summe. — Der Streik der Leisten-Bergelber ist noch in voller Kraft, indem noch täglich die jungen Kräfte Berlin verlassen. Die großen Arbeitgeber haben jetzt wohl vollständig die Forderung der Gehülften unterdrückt, jedoch können dieselben noch keine Gehülften beschäftigen, weil das englische Geschäft, für das hier gearbeitet wird, noch keine zwangende Erklärung abgegeben hat. Die Streikenden selbst barren entschieden aus, um ihre Forderung durchzusetzen, hoffen jedoch, daß die Einigkeit von beiden Seiten bald erreicht werden wird.

**Wulfsoff Nachf.**

§ Im Ortsverein der Zimmerleute wurde an Stelle des ausgeschiedenen Bogemann, zum Vorsitzenden Lipp, zum Stellvertreter Hoffmann und für den Ortssekretär Bernstein, G. Krüger (Baruthstr. 4) gewählt.

**Berlin.**

§ Aus **Wilmersdorf**, den 17. Mai schreibt man uns: Es ist den Sozial-Demokraten Bebel-Vielbrüchler hier endlich gelungen, durch große pekuniäre Verheerungen in unserem Kreis einen Ueberläufer zu gewinnen, den früheren Bergbauer G. Langer aus Ober-Waldenburg, Urheber und Mitglied der berüchtigtesten Deputation an den König, der noch vor Kurzem in Wort und Schrift seine treue Anhänglichkeit an die Gewerksvereine der Selbsthilfe betonte — vorausgesetzt fortwährende baare Unterstützung auf Höhe seiner Bedürfnisse! Da hierzu weder der Gewerksverein der Bergarbeiter, noch der Verband der Arbeiter in der Höhe war, so wurde der treue Hr. Langer plötzlich Sozialdemokrat, gestützt auf die ca. 400 Ueberläufer, die von den Sammlungen des „Volkswort“ für Waldenburg noch bis vor Kurzem in Braunsdorf liegen sollten. Wir gratuliren den Herren zu ihrer Erwerbung eines so überzeugungstreuen Agenten! Nachdem bereits am 8. Mai eine Volksversammlung von G. Langer nach Salzbrunn einberufen war, wo die Sozial-Demokraten auch einen scheinbaren Sieg errangen, hatten wir am 15. ds. das Vergnügen diese Herren auch hier in Wilmersdorf zu begrüßen. Die Versammlung war ziemlich besucht und die Vorträge leidlich zu nennen. Das Thema der Rede war wohl zu bekannt, um hier den Raum zu verschmälern; als Ziel ihrer Bestrebungen stellte man hauptsächlich auf: die Arbeiter müssen die Herrscher, die Kapitalisten die Beherrschten werden! Charakteristisch für das Treiben dieser Partei dürfte folgender Akt sein. Ohne vorher die Anwesenden gefragt zu haben, wer ihrem Programm huldige, machte man die Mittheilung, daß für den bevorstehenden Kongreß der Partei ein Vertreter für den Waldenburger Kreis zu wählen sei. Vorge schlagen wurde Herr Reiser aus Breslau, und nachdem einige Hände erhoben waren, beauftragte der Vorsitzende Langer die Wahl mit einem „Angenommen“. So geschah es denn, daß eine allgemeine Volksversammlung zu Wilmersdorf einen Vertreter des Waldenburger Kreises zum sozialdemokratischen Kongreß wählte. Was von künftigen Versammlungen zu erwarten ist, läßt sich daraus nehmen, daß schon diese erste am hiesigen Orte, um Handgreiflichkeiten zu vermeiden, mitten in lebhaftest Diskussion geschlossen werden mußte. Der Anschluß zur Partei war ein kaum bemerkbarer; mit Mitgliedern in der Linie und der Feder in der rechten Hand blühte der zum Beitritt ermunternde Breslauer Herr der hinausziehenden Menge nach.

§ **Chemnitz**. Der Andere eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! Krisp Kende, der Präsident der Kugel am Bein, hatte es in seiner treuen Stadt Chemnitz vor Jahresfrist glücklich erreicht, daß seine Anhänger, als der Abg. Dunder über Gewerksvereine sprechen wollte, solchen Skandal machten, daß Hr. Dunder, ohne seinen Vortrag

Möge  
in  
glückliche  
Bebel's  
sein  
erschaffen  
kam  
und  
nur  
et  
der  
im  
Aulus  
Auch  
über-  
vorden.  
das  
jaunt,  
angriffe  
en ich  
Mai  
geilen:  
Wort  
A. an.  
Wort  
aufstelle  
dem  
it den  
stänne,  
mag.  
Kort  
welche  
lösen  
lag in  
erwerb-  
diesem  
zu ger-  
ich zu  
von  
lagen,  
erwerb-  
schab  
er  
war,  
gebren  
lanten  
Brand  
besser  
Zweit  
B; sie  
betzen  
weil  
jatten,  
let mit  
berbeit  
lanten  
mfallt  
weiren  
B, die  
legten  
ordnen  
ordlich  
wollte.  
Bor-  
den  
b. die  
jeden  
einan-  
beand  
e. Re-  
gen  
i. ver-  
schen;  
men;  
le der  
lassen.  
frei-  
Geld-  
durch  
origen  
ganz  
genüht  
alle

gehalten zu werden, abreiten mußte. Die Arbeiter der getreuen Stadt Gernig sollten wieder einmal von ihrem Kräfte belebt und flug gemacht werden, da aber geschah das Unerwartete: die Arbeiter, wohl angeleitet, machten sich mit Kräften einen Ersatz und begannen mit dem gebihrigen Stande. Darob bekam der löwenmütigen Wende wöplig ein Halsband und ebe man sich noch verloh — da war er verschwunden! — Dies geschah in demselben Felal, wo damals Hr. Dunder so schmachvoll behandelt werden.

§ **Danzig**, den 20. Mai 1870. Mit besonderer Freude theilte ich den Ortsvereinen der Zimmerleute mit, daß in Folge unserer schriftlichen Anregung sowie der Reisen der Hrn. Conrad und Wintler (Mitglieder unseres Vereins) sich in den Städten Marienwerder mit 33 und Braue mit 29 Mitgliedern neue Ortsvereine, die baldigst an Zahl wachsen werden, konstituiert haben, und die Vorstandswahlen bereits erfolgt sind.

J. G. Harnad, Sectr.

§ **Finsterwalde**, 24. Mai. Ortsverein der deutschen Stuhlarbeiter u. s. w. Die Differenzen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern hier, sind nun vollständig beseitigt, indem eine geringe Lohnerhöhung fast durchsichtlich von den Arbeitgebern bewilligt worden ist. Auch fühlen wir und verbunden, hiermit anzugeben, daß wir in jüngerer Zeit ein Lager der Oberwiger Feinen hier, und mit gutem Erfolg, errichtet haben und gewonnen sind, ein zweites Lager zu begründen. Wir können diese Fabrikate nur lobend anerkennen und bestens empfehlen.

Ferd. Hechtke, Sectr.

§ **Glettwitz**. Am Sonnabend Abend bildete sich auf den Trümmern des in Folge perönlicher Zwistigkeiten aufgelösten Cigarrenarbeitervereins ein neuer Ortsverein der Cigarrenarbeiter, dem sich sämtliche ehemaligen Anhänger von Frigische angeschlossen haben. Hr. Polle besprach die Organisation der Gewerkschaft und wies außerdem auf eine geordnete Buchführung hin. In der Versammlung am Montag wurden nach einem Vortrage des Hrn. Polle die ersten Beiträge eingezogen, Vereinsangelegenheiten erledigt und beschlossen, die Cigarrenarbeiter in Döppeln und Dölsau zur Gründung von Ortsvereinen anzuregen.

Kalla, Sectr.

§ **Schütz**. In der am 17. d. in Ortsverein der Tischler und Berufsgenossen abgehaltenen Versammlung wurde die durch Ausscheiden notwendig gewordene Neuwahl des Vorstands vollzogen und Herr Stephan (Kottenburgerstr. 5) als Vorsitzender gewählt.

R. Ulrich, Sectr.

§ **Grünberg i. Schl.** Die von Hrn. Herrmann Schwarzrecht veranstaltete Versammlung am 22. Mai hat unter lebhaftester Theilnahme der hiesigen Arbeitgeber und Arbeiter stattgefunden; durch Arbeiter-Deputationen waren außerdem die Städte Guben, Forst, Sorau, Sagan, Neusalz, Schwiebus und Züllichau vertreten. Ueber den zweifelhafte Vertrag des Anwalts, welcher den allgemeinen Anschlag fand, sowie über die Verhandlungen der darauf folgenden Konferenz der Vorstände u. s. w. soll in nächster Nummer ausführlich berichtet werden. Die Einangänger theilten rüthig vorwärts!

§ **Kattowitz**. In der am letzten Sonntag Vormittag stattgehabten ersten Bezirksversammlung nahmen nicht bloß die Delegirten, sondern auch Mitglieder aus den verschiedensten Ortsvereinen, außerdem auf Einladung Hr. G. Polle (Perlini Zell). Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Hrn. Gries (Zurabütte) wurden zunächst die auf die Gründung des Bezirksvereins bezügliche Protokolle verlesen und nach einer Berichtigung angenommen, worauf man sich mit Vereinsangelegenheiten beschäftigte. Am Schluß der Sitzung betraute Hr. Polle die Verhältnisse einzelner oberländischer Ortsvereine, indem er besonders die so oft unter den Vorständen ausbrechenden persönlichen Differenzen, wodurch schließlich auch unter den Mitgliedern Mißtrauen und Abneigung hervorgerufen und die Liebe zum Verein geschwächt werde, stark kritisierte und an den Bestreben, der so zur Verhütung dieser und anderer Uebelstände zusammenzutreten sei, das Ermahnen richtete, am schärflichsten die unanbierbaren Elemente zu entfernen, die Einigkeit zu erstreben und doch einmal die nationale Sache über die Partien zu stellen. Nachdem Hr. Polle noch einige Anfragen in Betreff der Kranken- und Invalidenfälle beantwortet, und beiderseits die Sekretäre im Interesse eines geregelten Geschäftsganges um prompte Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber dem Generalrathe ersucht, wurde die Sitzung geschlossen. Nachmittags fand eine Ortsversammlung statt, welche indessen nur schwach besucht war. In Anwesenheit sowohl des Vorsitzenden als auch des Sekretärs erstreckte der Herr. Vorsitzende Hr. Steinbach die Versammlung, worauf Hr. Polle in deutscher, Hr. v. Welfso (Zurabütte) in polnischer Sprache anfeuernde Worte an die Anwesenden richtete.

§ **Magdeburg**. Infolge des großen Brandes ist am 16. Mai von den Zimmerleuten die Arbeit eingestellt worden, woran sich die Tischlermeister Neustadt, Sudenburg, Buzan, Groß- und Klein-Ottersleben beteiligten und arbeiten in besagten Städten zusammen ungefähr 15—20 Mann. Von Seiten des allgemeinen deut-

schen Zimmervereins ist Herr Otto Kapell im Interesse seiner Partei anwesend, welcher sich die Sache sehr angelegen sein läßt.

G. Görsch, Gen.-Sectr.

§ **Potsdam**. In der Nacht vom 17. zum 18. Mai verunglückte ein Arbeiter der Maschinen-Werkstatt der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn. Beim Herabsteigen einer Drehbohrer wollte er die Baltenlage, worauf ein der Hebezeuge stand, zurückdrücken, da fiel plötzlich einer der schweren Windenbäume um und zerquetschte ihm vollständig die rechte Hand. Selber ist der Verletzte nicht beim Ortsverein. Möge dieser Vorfall doch recht Viele daran erinnern, wie nützlich das Institut der Invalidenfälle ist.

G. Bögel, Vors.

§ **Ulm**. Da der Vorsitzende unseres Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Ulmer in Folge einer Verletzung sein Amt niederlegen mußte, so wurde an dessen Stelle (der bisherige Stellvertreter) Herr D. Schurr Metalldreher (D 251) und als Stellvertreter G. Deberer gewählt.

Emil Sünberhauf, Sectr.

### Arbeitervereins-Chail.

— Im Berliner Arbeiter-Verein hielt am Montag den 23. Mai Hr. Körsen einen von der Versammlung befallig aufgenommenen Vortrag über Luxus. — Es kam sodann ein Antrag zur Annahme, im Laufe des Sommers ein allgemeines Arbeiter- und Handwerkerfest in Bernau zu veranstalten. Die Anregung hierzu wurde am Stiftungsfest von dem Vorsitzenden des Bernauer Handwerkervereins gegeben, der an die bereits früher dort abgehaltenen Zusammenkünfte erinnerte, und seinen zur Theilnahme an demselben sämtliche Orts- und Handwerkervereine Berlins und demnächst gelegenen Städten eingeladen werden. Den Schluß der Verhandlungen bildete der, in der dritten Lesung des Strafgesetzbuches für den norddeutschen Bund von der Majorität des Reichstages gefasste Beschluß, welcher das in zweiter Lesung abgegebene Votum für Aufhebung der Todesstrafe im norddeutschen Bunde wieder rückgängig macht und dieselbe beibehält. Der Verein sprach in folgender Resolution seine tiefste Mißbilligung über einen Beschluß aus, der einen so wichtigen Kulturfortschritt auf Jahre hinaus verzieht: „Durch die in zweiter Lesung des Strafgesetzbuches von dem Reichstage des norddeutschen Bundes ausgeprochene Beilegung der Todesstrafe hätte der Berliner Arbeiterverein die Erwartung, daß die Majorität des Reichstages, welche diesen wichtigen Kulturfortschritt beschloß, auch in der dritten Lesung des Strafgesetzbuches an dem einmal abgegebenen Votum festhalten werde. Zu unserem tiefsten Bedauern ist diese Erwartung auf das Schicksal getraut und auf lange Jahre hinaus unmöglich gemacht worden. Wir halten es für unsere unerlässliche Pflicht, nicht, von der Majorität des Reichstages uns sowohl als auch der ganzen deutschen Nation widerfahrenen bittere Enttäuschung offen auszusprechen und kann der Berliner Arbeiterverein durch den in der Sitzung vom 23. Mai d. J. ausgesprochenen Beschluß eine würdige Vertretung der deutschen Nation in dem Reichstage nicht mehr erwidern.“

Siemers, Schriftführer.

### Herbards-Chail.

— In der am 20. d. stattgehabten Sitzung des Verbandes der Berliner Ortsvereine wurde das Statut des Ortsverbandes bis zum Schluß beraten und festgestellt, daß die Bestimmungen desselben mit dem 1. Juli in Kraft treten sollen. Sodann wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Hinterbliebenen Widwede eine Beileidsadresse zu erlassen und mit Ausfertigung dieses Beschlusses eine Deputation beauftragt.

§ **Gewerverein der deutschen Fabrik- und Handarbeiter**. Durch die Annahme eines in der Generalratsbesitzung vom 21. d. M. eingebrachten Antrages, bezüglich der bevorstehenden Ausschuwahlen für das nächste halbe Jahr, wird die Abtötung sämtlicher Mitglieder der zum Gewerverein gebörenden Ortsvereine über diesen Antrag notwendig. Die Ausschuwahlen können erst nach dieser allgemeinen Abtötung erfolgen, und bleiben daher die jetzt bestehenden Ausschüsse sammtlich bis zum 1. August in Funktion.

Der Generalrath

§ **Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter**. Somabend den 28. d. M. Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung in Streichs Lokal, Neue Friedrichstr. 44. Tages-Ordnung: Abtötung über einen Antrag des Generalrats. Nur Mitgliedern ist der Zutritt gestattet, neue Mitglieder werden aufgenommen.

§ **Gewerverein der Töpfer und Berufsgenossen**. Diejenige Aprilretiretäre, welche bis jetzt den Abichluß für Monat April noch nicht eingeleistet, ersuche ich hiermit, dasselbe umgehend zu thun.

Hr. D. Fische, Generalsekr.

Ghorinestr. 3.

§ **Bremen**. Den hiesigen Verbandsgenossen bringe hiermit zur Anzeige resp. Erinnerung, daß ich eine Par-

tiebe Leinwand vom Ortsverein der Stuhlarbeiter in Oberwies empfangen habe und kann ich dieselbe in Hinsicht der Güte sowie des sehr billigen Preises Jedem empfehlen. Möge ein Jeder die Lieberzeugung gewinnen, daß durch Abnahme dieser Waare allerorts die Lage der Stuhlarbeiter sicher verbessert werden kann und dazu gehört nur, daß ein Jeder seinen Bedarf davon nimmt und seinen Bekannten empfiehlt. J. Dohs, Gertrudenstr. 11.

§ **Odenburg**. Am 1. Mai d. J. hat der Vorsitzende des hiesigen Ortsvereins der Tischler und Berufsgenossen Hr. Greist in der Baumgartenstr. 7 das Geschäft zur „Heimath“ eröffnet. Da sich dasselbe durch gute und billige Bedienung vortrefflich auszeichnet, so dürfte es allen Vereinsgenossen, die über Odenburg reisen, sehr zu empfehlen sein. E. Kallweil, Sectr.

§ **Was dem Verbandshäresen**. Sämtliche Kassierer, welche mit Monatsabschlüssen der Invalidenfälle einschicken, ersuche ich, ihre Wohnung darauf zu vermerken.

Hugo Landgraf, Verb.-Kass.

Da trotz wiederholter Aufforderung zur Zahlung des Abonnementbetrages d. B. immer noch mehrere Vereinsgenossen damit im Rückstand geblieben sind, so fordere ich hiermit nochmals auf, den rückständigen Betrag umgehend an mich einzuliefern, widrigenfalls ich die Namen der Säumigen in der nächsten Nummer d. B. veröffentlicht werden.

Hugo Landgraf, Verb.-Kass.

Für die Forster Stuhlarbeiter sind in Sorau eingegangen:

Vom Ortsverein der Stuhlarbeiter hier selbst freiwillige Sammlung am Vereinsabend 26 Sgr., gefam. in der Hoffmannischen Fabrik, Tuchm. 1 Tbr. 10 Sgr., in der Vereinsfabrik Seifertsdorf Tuchm. 1 Tbr., do. Spinner u. Arbeiter das. 19 Sgr., do. in der Fabrik von Offermann Tuchm. 12 1/2 Sgr., do. in der Fabrik von Schneider Tuchm. 24 Sgr., do. in der Fabrik von Gebhardt Tuchm. 10 Sgr., do. in der Fabrik von Moser Tuchm. 26 Sgr. 9 Pf., do. bei Schuman Tuchm. 14 Sgr. 6 Pf., do. bei Sommer Tuchm. 16 Sgr., Poppe, Tordor, Grassid, Böhm, Sier, H. Ube, B. Hoffmann, Gottl. Tischern, Rob. Tischern, Rob. Thiele, Reinb. Thiele, Wilh. Richter, A. Schulz, Finckert, R. Richter, Kellum in Summa 2 Tbr. 10 Sgr., dazu kommt noch eine Extra-Sammlung durch einen Vortrag des Hrn. Robbe aus Forst 2 Tbr. 25 Sgr. 3 Pf. Gesamtsumma 11 Tbr. 15 Sgr.

Aug. Neugebauer, Sectr.

§ **Versammlungen**. D. B. der Buchbinder u. S. Sonnabend d. 28. d. M. 8 1/2 Uhr im Café Kadendor, Drestenerstr. 85. T. D.: Wahl des Ausschußes, Anträge, Vereinsangelegenheiten. — Königsstädtischer D. B. der Tischler u. S. Sonnabend d. 28. d. M. 8 Uhr in der Parlamentshalle, oberer Saal, Landbergstr. 38. T. D.: Antrag auf Gründung eines Bezirksvereins. Diskussion über den Schwarzenrod'schen Brief. Arbeiter-Unterstützungslösen (Die säumigen Mittelglieder werden eruchtet, ihre Beiträge zu entrichten.) — D. B. der Maurer, Montag d. 30. d. M. 9 Uhr bei Streich, Neue Friedrichstr. 44. — Erster D. B. der Tischler u. S. Sonnabend d. 28. d. M. 8 Uhr im Primengarten, Prinsenstr. 80. T. D.: Wahl eines Ausschuwmittgliedes. Verlesung des Vortrages von Schulze. Deltsch und Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder.

§ **Brickkasten**.

Kolenda, Biscupig. Wir ersuchen Sie, die Ihnen seit 1. April zu viel geschickten 10 Gr., also Nr. 14—20, umgehend zurückzuschicken. — Heuser, Gagefswald. Für Müller erhalten Sie ferner kein Grpl., dagegen 2 Gr. für Schumacherstr. Wulf, Schubbagen. — Ulrich, Jabrze. Die 2 mehr gefangenen Grpl. bekommt Kopjan. Drtschke, d. Fabrikarb. — Schubert, Görlitz. Sie erhalten von jetzt ab 2 Grpl. mehr, welche Köner, Handwerfstr. 17 erhält. — Seefeld, Marienburg. Das Pflichtgrpl. bezahlt der Generalrath, die Ihnen fehlenden 10 Gr. muß Ihnen Lüdler Sophendor geben, an dem wir stets Ihr Grpl. mitgeschickt; von jetzt an erhalten Sie es direkt nebst noch 2 Grpl., welche Kinsch, Drtschke, Köpfer, bekommt. — Bernidow, Elbing. Auch erhält von jetzt ab nur 2 Grpl., sind bei den von Ihnen bestellten und bezahlten 32 Grpl. die Pflichtgrpl. mit einbezahlt? — Nothe, Gassen N. 2. Die 2 Grpl., welche Sie von jetzt an mehr bekommen, sind die Pflichtgrpl., welche jeder dem Verbands angehörende Ortsverein zu zahlen verpflichtet ist und die vom Generalrath bezahlt werden. — Selig, Odenburg. Die 2 Grpl., welche wir Ihnen noch mehr senden, bekommt Schrage, Drtschke, d. Töpfer Nothenstr. 27. — Kulle, Sommerfeld. Die 2 mehr gefangenen Grpl. bekommt Krüger. — Aehlert, Danzig. Die 2 Grpl., welche wir Ihnen mehr senden, bekommt Wagner, Nöbergasse 21. — Veibiger, Rätz. Die 2 mehr gefangenen Grpl. bekommt Kaasen, Töpfer, Wehrstr. 26. — Gille, Nürnberg. Sie erhalten 2 Grpl. mehr, welche Köpfer Silbermangel am Zafodspaly bei Pankstücken erhält. — Wouthaler, Bromberg. Sie erhalten jetzt 2 Grpl. mehr, welche an Weidendorff, Hies'sche 2, abzuliefern sind. — Bloch, Vandsberg. A. B. Besten Dank! Ihr Artikel erscheint in Nr. 28. —